

Palästina vor dem Völkerbundsrat

Eine Verständigung zwischen Mandatskommission und Mandatsregierung im letzten Augenblick erzielt

Genf. Der Völkerbundsrat, der am Montag, dem 8. September, zu seiner 60. Tagung zusammentrat, ist gleich in seiner ersten öffentlichen Sitzung in die Beratung der Palästinafrage eingetreten. Den Vorsitz führte der Delegierte von Venezuela, der greise Minister Zumeta. Um 12 Uhr begann der Berichterstatter für Mandatsfragen Procopés mit der Verlesung des auf Grund der vorangegangenen Besprechungen mit Henderson modifizierten Berichtes der Mandatskommission. Er bezeichnete ihn als ein gründlich durchgearbeitetes gerechtes Dokument und hob besonders hervor, daß es nicht in der Absicht der Mandatskommission gelegen sei, ihren Kompetenzkreis zu überschreiten und sich an die Stelle der Mandatarmacht zu setzen. Er billigt den Standpunkt der Mandatarmacht, daß die Einwanderung von Juden der jeweiligen ökonomischen Aufnahmefähigkeit des Landes angepaßt werden müsse und erkennt an, daß die Erklärung der britischen Delegation, die Einstellung der Einwanderung sei nur eine zeitweilige, geeignet sei, Befürchtungen der Juden nach dieser Richtung zu zerstreuen. Er stellte ferner fest, daß des Premiers Macdonald jüngste Erklärung im britischen Unterhaus hinsichtlich der Palästina-Politik der englischen Regierung als Mandatarmacht als ein unzweideutiges Bekenntnis zur Balfour-Deklaration und zur Politik der Jüdischen Nationalheims aufzufassen sei.

Der Berichterstatter erklärte, es sei nicht seine Absicht, auf die einzelnen Einwendungen einzugehen, die die britische Delegation zu den Punkten des Mandatsberichtes gemacht habe. Er schlug dem Völkerbundsrat vor, dieser möge beschließen, die Schlußfolgerungen, welche sich aus den Mandatsprotokollen ergeben, an die britische Regierung weiterzuleiten und sie einzuladen, Maßnahmen zur Verwirklichung der im Mandatsberichte enthaltenen Vorschläge zu treffen. — Henderson erklärte, die Einschränkung der Einwanderung betreffe nur die Arbeiterschedule und auch diese Einschränkung sei nur zeitweilig. Er billigte der Mandatskommission das Recht und die Pflicht zu, die Mandatarmacht zu kritisieren. Die überzeugenden Ausführungen Procopés hätten ihn, Henderson, bewogen, der von Procopé unterbreiteten „Resolution“ zuzustimmen. „Ein Programm über ihre Zukunftspolitik in Palästina werde die britische Regierung erst nach Prüfung des Simpson-Berichtes dem Völkerbundsrat unterbreiten.“

Im weiteren Verlaufe der Ratssitzung erklärte der holländische Delegierte Van Rees namens der Mandatskommission, deren Vizepräsident er ist, diese habe nicht erwartet, daß der Mandatsbericht über Palästina eine so günstige Aufnahme bei der Mandatarmacht finden werde. Er drückte seine Zufriedenheit darüber aus, daß die Mandatarmacht in ihrer Erklärung den ursprünglich von Henderson

vertretenen ablehnenden Standpunkt aufgegeben habe, und sprach die Hoffnung aus, daß der Rat den Gerechtigkeitswillen und die Unparteilichkeit, von denen die Mandatskommission bei ihrer schwierigen Aufgabe sich hat leiten lassen, anerkennen werde. Der Vertreter Persiens, Kahn Alla, bemerkte, die Mandatskommission habe in ihrem Berichte die Rechte der nichtjüdischen Bevölkerungsteile Palästinas nicht genügend berücksichtigt und befürwortete die Schaffung von Selbstverwaltungsorganen. Der jugoslawische Außenminister Marinkovic gab dem Wunsche Ausdruck, die Mandatsregierung möge die Rechte der Araber schützen und, während sie den ersten Teil des Mandats durchführt, den zweiten Teil nicht vernachlässigen.

Der Berichterstatter Procopé drückte schließlich seine Zufriedenheit über die zustandgekommene Einigung aus und zollte der Mandatskommission für ihre Unparteilichkeit Anerkennung.

Der Bericht wurde vom Völkerbundsrat einstimmig angenommen.

Die Palästina-Frage in Genf

Die britische Völkerbundsdelegation vollzählig in Genf eingetroffen

Genf. Sämtliche Mitglieder der britischen Delegation zum Völkerbund, unter ihnen der High Commissioner Sir John Chancellor, der Unterstaatssekretär für die Kolonien Sir Drummond Shiels und Sir John Hope Simpson weilen bereits in Genf. Die britische Delegation erscheint zu dieser Tagung des Völkerbundes stärker als die Vertretung irgendeines anderen Staates. England hat, so wird hier angenommen, alle verfügbaren Kräfte mobilisiert, um für den Fall, daß es während der Beratungen in eine schwierige Situation kommen sollte, gerüstet zu sein.

Konferenz zwischen Henderson und Procopé

Genf. Im Verlaufe einer Unterredung mit dem Berichterstatter über die Mandatsfragen, Procopé, versuchte der englische Außenminister Henderson Procopé zu bewegen, wesentliche Abänderungen einzelner Absätze im Bericht der Mandatskommission vorzunehmen, bevor dieser der Versammlung unterbreitet wird. Procopé konnte diesem Wunsche Hendersons nicht nachkommen, da der Bericht bereits sämtlichen Mitgliedern des Völkerbundes zum Vorstudium zugegangen war. Die Unterredung soll, wie verlautet, einen nicht ganz freundlichen Charakter getragen haben.

Vertreter arabischer Interessen in Genf

Genf. Nichtoffizielle arabische Vertreter sind hier eingetroffen und versuchen, noch vor Eröffnung der Völkerbundstagung in Kontakt mit den Delegationen und Journalisten beim Völkerbund zu treten. Nach unbestätigten Meldungen zufolge wird König Feisuk vom Iran für Montag in Genf erwartet.

Wird der Bericht der Mandatskommission unangewandelt angenommen werden?

Genf. Eine durch den Londoner Korrespondenten der JTA bei den Delegationen verschiedener Staaten gemachte Rundfrage ergab, daß bei

der italienischen Delegation die Absicht besteht, im Verlaufe der Diskussion über den Mandatsbericht die Forderung nach einer Erweiterung der Rechte der katholischen Kirche in Palästina zu erheben. Die französische und die polnische Delegation haben nicht die Absicht, in die Debatte einzugreifen, da sie der Überzeugung sind, daß der Bericht in seiner vorliegenden Form angenommen werden wird. Im Verlaufe der Unterredung Hendersons mit dem Berichterstatter der Mandatskommission Procopé wurde, nach einer Mitteilung des gut informierten „Journal de Geneve“, auch die Frage einer Revision des Palästina-Mandats aufgeworfen. Nach zuverlässigen Informationen des JTA-Vertreters wird jedoch diese Frage im Völkerbund nicht zur Diskussion gestellt werden. In einer Betrachtung über die voraussichtliche Stellungnahme des Völkerbundes zum Bericht über die Arbeiten der Mandatskommission schreibt das „Journal de Geneve“: „Zweifellos wird der Völkerbund den Bericht der Mandatskommission annehmen, da er im Hinblick auf seine juristische Argumentation, seine Form und seine Schlüsse unangreifbar scheint.“

Die englische Presse zur bevorstehenden Palästina-Debatte

London. „Manchester Guardian“ befaßt sich im Leitartikel mit der bevorstehenden Diskussion der Palästinafrage auf der Genfer Völkerbundstagung. Das Blatt warnt vor einer ablehnenden Haltung der englischen Delegation gegenüber den Beschlüssen des Völkerbundes. Durch eine solche Ablehnung könnte die Autorität des Völkerbundes schweren Schaden erleiden, indem andere Nationen zur Ansicht gelangen könnten, daß wir das Urteil des Völkerbundes nur dann anerkennen, wenn es für uns günstig ist oder wenn unsere eigenen Interessen nicht auf dem Spiele stehen. „Morning Post“ gibt der Vermutung Ausdruck, daß Henderson nicht nur deswegen so frühzeitig in Genf eingetroffen sei, weil er sich vor dem Beginn der arbeitsreichen Tagung noch einige Tage Ruhe gönnen wolle, sondern um vorsichtig danach zu

Die Juli-Revolution 1830 und die Juden

Das hundertjährige Jubiläum der Julirevolution darf nicht vorbeigehen, ohne daß wir uns an diese denkwürdige Zeit erinnern, die für die politische Entwicklung der Juden Frankreichs und des übrigen Europa so einschneidend wichtig war.

Das Jahr 1830 brachte die Fortsetzung der Großen Französischen Revolution, die während des ersten Kaiserreichs unterdrückt und in der Restauration zum Stillstand gebracht worden war; die französischen Juden begannen damals aktiven Anteil am öffentlichen Leben zu nehmen; die Juden Deutschlands und anderer Länder faßten wieder Hoffnung und setzten sich energisch für ihre politische Emanzipation ein.

In Frankreich besaßen die Juden das Bürgerrecht seit dem Jahre 1791. Aber im Jahre 1808 erließ Napoleon ein Dekret, durch welches er ihre bürgerlichen Rechte willkürlich auf die Zeitdauer von zehn Jahren beschränkte. Die Restauration aber erneuerte dieses kaiserliche Dekret nicht und ein Gesetzlerlaß von 1814 sicherte ihr religiöse Freiheit. So wurden die Juden Nutznießer der Revolution; Geistlichkeit und Adel aber, die alle Zugänge zur Macht besetzt hielten, verstanden es ausgezeichnet, sie von der Teilnahme am politischen und sozialen Leben auszuschließen; öffentliche Ämter, die Universitäten blieben ihnen verschlossen. Die Ausübung der israelitischen Religion wurde nach wie vor mit Verachtung und Hochmut behandelt. Es muß zugegeben werden, daß die große Masse der Juden, die im Elsaß wohnten, noch ziemlich rückständig waren, aber in Paris und im Süden hatte sich bereits eine Elite gebildet, die sich reif fühlte, am politischen Leben teilzunehmen. Da sie von den regierenden Par-

teien abgelehnt wurden, hatten sie sich der liberalen Opposition angeschlossen. Diese Elite begrüßte die Revolution von 1830, die ihr den Weg zur politischen Karriere öffnete.

Eine der ersten Maßnahmen des zur Macht gelangten Regimes bestand darin, mit der Gleichberechtigung der Religionen ernst zu machen. Der Katholizismus war nicht mehr Staatsreligion. Im Anschluß an die Diskussion über die „Charte“ forderte der Deputierte Viennet Bezahlung der Rabbiner durch den Staat. „Die Israeliten“ sagte er, „sind Franzosen, Bürger wie wir. Wie wir verteidigen sie das Vaterland und die Freiheit.“ Seinerzeit, als Napoleon ihr religiöses Leben organisierte, hatten die Juden vergeblich verlangt, daß die Rabbiner aus öffentlichen Mitteln erhalten werden sollten, wie die Geistlichen und Pastoren; obwohl der Staatsrat dem Vorschlag günstig gegenüber stand, wies ihn der Kaiser zurück. Die Juden hatten unter dieser Ungleichheit besonders zu leiden, da ihre Konsistorien immer große Mühe hatten, mit ihrem Budget auszukommen. Kurze Zeit nachher legte die Regierung der Kammer einen Gesetzentwurf vor, in dem die Uebernahme des israelitischen Kultes in den Staatsetz vorgesehen war; er wurde von einigen Deputierten der Rechten bekämpft, aber in beiden Kammern von Rednern unterstützt, die im Mittelpunkt des Interesses standen, wie Portalis und Molé, die in ihrer Eigenschaft als kaiserliche Kommissäre an den Arbeiten der „Assemblée des Notables“ und des großen Sanhedrin teilgenommen und dadurch die staatsbürgerlichen Fortschritte der Juden achten gelernt hatten. Das Gesetz wurde in beiden Kammern abgestimmt und trat am 8. Februar 1831 in Kraft.

Das Hauptkonsistorium und die Konsistorien der Departements sahen sich damit von ihren finanziellen Sorgen befreit und, ermutigt durch das all-

gemeine Wohlwollen, verdoppelten sie ihren Eifer, mit dem sie überall neue Volks- und Berufsschulen errichteten. Die bestehende Organisation des Kultes, die aus den Jahren 1806 und 1808 stammte, war veraltet; sie wurde durch eine Verordnung von 1844 im liberalen Sinn umgearbeitet; in dieser Form blieb sie, abgesehen von einigen kleinen nebensächlichen Aenderungen, das grundlegende Dokument über den israelitischen Kultus bis zur Trennung von Kirche und Staat.

Nach einem glänzenden juristischen Feldzug Crémieux' abolierte schließlich der Kassationshof im Jahre 1846 den speziellen Eid, der den Juden vor Gericht auferlegt wurde, den Eid „more judaico“ als der Verfassung widersprechend. Dieser Erlaß, der von prinzipieller Bedeutung war, beseitigte die letzte formale Ungleichheit, unter der die französischen Juden noch zu leiden gehabt hatten.

Es wäre auch schwer gewesen, Bürger, die in dem politischen und wirtschaftlichen Leben des

JOSEF KAPLAN:

„IM SIEBENTEN HIMMEL“ und andere Skizzen

203 Seiten Mit einer Photographie des Verfassers

Die Jewish Tribune, New York, schreibt: Dieser ostjüdische Schriftsteller deutscher Zunge meistert einen übermütigen, erquickenden Humor mit einem originellen Stil der nie ermüdet. Kaplan kennt seine Juden und zeichnet sie vortrefflich ...

VERLAG M. W. KAUFMANN
LEIPZIG, BRÜHL 8

ändern
wä hft,
ndern,
quidit.